Ostjerusalem: Israel eskaliert Hausabrisse und Zwangsräumungen

Diskriminierende Gesetze führen zu Zwangsvertreibungen in Silwan



Ein palästinensischer Mann beobachtet, wie ein Bagger die Trümmer von Häusern beseitigt, die von den israelischen Behörden im Stadtteil Silwan in Ostjerusalem abgerissen wurden, 19. Mai 2026. © 2026 Mahmoud Illean/AP Photo

(Beirut) – Israelische Behörden beschleunigen derzeit die Hausabrisse und Zwangsräumungen palästinensischer Bewohner im Stadtteil Silwan im besetzten Ostjerusalem, erklärte Human Rights Watch heute. Die gewaltsame Vertreibung oder Umsiedlung der Bevölkerung eines besetzten Gebiets innerhalb oder außerhalb dieses Gebiets stellt – sofern sie nicht vorübergehend zum Schutz der Bevölkerung selbst oder aus zwingenden militärischen Gründen gerechtfertigt ist – einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht dar und kommt einem Kriegsverbrechen gleich.

Silwan liegt südlich der Altstadt von Jerusalem. Unter seinen 12 Stadtvierteln stehen al-Bustan und Batn al-Hawa seit Jahrzehnten im Mittelpunkt der Räumungs- und Abrisskampagnen, die von israelischen Behörden und Siedlerorganisationen wie Ateret Cohanim angeführt werden. Diese Kampagnen haben sich unter dem Deckmantel der Feindseligkeiten im Gazastreifen und in diesem Jahr im Iran verschärft. Von den 587 Palästinensern, die seit dem 7. Oktober 2023 durch Abrissmaßnahmen vertrieben wurden, wurde ein Viertel während des Krieges Israels gegen den Iran im März und April 2026 vertrieben, laut Angaben des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA). In Silwan droht über 2.000 Menschen die Zwangsvertreibung, was – sollte dies nicht gestoppt werden – laut Ir Amim, einer israelischen

Organisation, die die Regierungspolitik in Jerusalem beobachtet, eine der größten Vertreibungswellen in Ostjerusalem seit 1967 darstellen würde.

„Die israelischen Behörden verschärfen ihre seit langem bestehende illegale Politik, die Gebiete rund um die Altstadt von Jerusalem von Palästinensern zu räumen und sie durch israelische Siedler zu ersetzen“, sagte Sarah Sanbar, stellvertretende Forscherin für Israel und Palästina bei Human Rights Watch. „Die Bemühungen Israels, die Demografie Jerusalems zu verändern, sind Kriegsverbrechen, die durch die Straffreiheit ermöglicht werden, die Israels enge Verbündete gewähren.“

Forscher von Human Rights Watch besuchten Silwan im April 2026 und befragten drei Bewohner, gegen die Räumungs- und/oder Abrissverfügungen ergangen waren, sowie zwei Anwälte, die Mandanten in Silwan vertreten, und prüften relevante Rechtsdokumente. Human Rights Watch versuchte, Ateret Cohanim telefonisch zu erreichen, erhielt jedoch keine Antwort.

Die zunehmende Vertreibung in Batn al-Hawa ist das Ergebnis einer Reihe von Räumungsklagen, die von Ateret Cohanim eingereicht wurden. Diese stützen sich auf diskriminierende Gesetze, die es jüdischen Personen erlauben, im Krieg von 1948 verlorenes Eigentum in Ostjerusalem zurückzufordern, während Palästinensern die Rückgewinnung von ebenfalls 1948 verlorenem Eigentum verwehrt wird. In al-Bustan ist das gesamte Viertel mit 115 Häusern, in denen 1.500 Menschen leben, vom Abriss bedroht, da die Stadtverwaltung plant, dort einen archäologischen Park anzulegen.

Zuheir al-Rajabi, Leiter des Gemeindezentrums von Batn al-Hawa, sagte, dass Ateret Cohanim erstmals im Jahr 2015 Räumungsverfahren eingeleitet habe. „Am Anfang sagten wir: ‚Was können sie schon tun? Das ist unser Land und unser Haus, wir haben nichts zu befürchten‘“, berichtete er Human Rights Watch.

Ein Jahrzehnt lang kämpfte er vor israelischen Gerichten gegen die Räumung: „Aber nach dem 7. Oktober wurde alles möglich. Richter begannen, Räumungsbefehle zu erlassen, ohne den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich zu verteidigen oder angehört zu werden. Früher dauerte es drei bis fünf Jahre, alle Instanzen und Berufungsverfahren zu durchlaufen. Seit dem 7. Oktober dauert der gesamte Prozess nur noch 45 Tage.“

Ein örtlicher Anwalt sagte: „Manchmal dauert die Entscheidung nur einen Arbeitstag.“

Seit dem 7. Oktober haben Klagen von Ateret Cohanim zur Zwangsräumung von 30 Familien – insgesamt 139 Menschen – geführt; laut der israelischen Organisation Peace Now laufen derzeit Vollstreckungsverfahren gegen Hunderte weitere. In den acht Jahren zuvor wurden nur 36 Menschen zwangsgeräumt.

Zuheir berichtete, dass israelische Siedler in die Häuser seiner ehemaligen Nachbarn eingezogen seien: „Jetzt haben wir das Gefühl, am Ende des Weges angelangt zu sein. […] In den letzten 50 Jahren lebten wir alle zusammen in Silwan – meine Brüder und ich, und unsere Kinder wuchsen gemeinsam auf. Wir haben hart dafür gekämpft, zusammenzubleiben, und schließlich, nach 50 Jahren, ist es ihnen gelungen, uns auseinanderzureißen.“

Im April 2024 erhielten Harbi al-Rajabi und sein Sohn Nidal einen Räumungsbefehl für ihr Gebäude in Batn al-Hawa, in dem fünf Familien lebten. Nach einer erfolglosen Berufung erließ die Vollstreckungs- und Einzugsbehörde den al-Rajabis am 20. März 2026 einen endgültigen Räumungsbefehl, während sie unter der Bedrohung durch ballistische Raketenangriffe aus dem Iran das Eid al-Fitr-Fest feierten.

Nidal berichtete, der Polizist, der den Bescheid überbrachte, habe ihn angewiesen, ihre Möbel und Habseligkeiten aus der Wohnung zu entfernen; als sie dies jedoch am nächsten Tag versuchten, verwehrte ihnen die Polizei den Zutritt. Nidal sagte, sie hätten um Erlaubnis gebeten, ihre Wertsachen – darunter Gold, Schmuck und Bargeld – mitnehmen zu dürfen, doch dies sei ihnen verweigert worden. „Wir haben das Gold und das Geld nie zurückbekommen“, sagte er.

Die Familie zog in ihre eigenen Häuser im benachbarten al-Bustan, wo ihr erneut die Vertreibung droht.

Fakhri Abu Diab, ein lokaler Aktivist, berichtete dem +972 Magazine im Jahr 2026, dass seit dem 7. Oktober 2023 mehr als 50 Häuser in al-Bustan – etwa die Hälfte der Gemeinde – abgerissen worden seien. Laut OCHA wurden allein im März und April 2026 15 dieser Häuser abgerissen, wodurch 145 Bewohner, darunter 52 Kinder, gewaltsam vertrieben wurden.

Die Stadtverwaltung von Jerusalem erlässt Abrissverfügungen mit der Begründung, dass die ohne Genehmigung errichteten Häuser illegal seien. Doch für Palästinenser ist es nahezu unmöglich, in Ostjerusalem und in den 60 Prozent des Westjordanlands, die unter der ausschließlichen Kontrolle Israels stehen (Gebiet C), Baugenehmigungen zu erhalten.

„Sie erteilen einem keine Baugenehmigung“, sagte Harbi Al-Rajabi. „Wir haben viele Male einen Antrag gestellt, sogar einen Anwalt und einen Architekten beauftragt, aber sie haben sich geweigert, uns eine Genehmigung zu erteilen.“

Die Stadtverwaltung erließ Abrissverfügungen für die drei Häuser der Familie in al-Bustan und stellte sie vor zwei Optionen: entweder Tausende von Dollar zu zahlen, damit die Stadtverwaltung ihr Haus abreißt, oder dies selbst zu tun. Nidal war gerade dabei, eines seiner Häuser abzureißen, als Human Rights Watch zu Besuch kam.

„Unser Leben, unsere Anwesenheit, ist ihnen egal“, sagte er. „Sie betrachten uns als Hindernis für ihre Ziele.“

In einem Beitrag auf X vom 5. Februar forderte das Büro der Europäischen Union in den besetzten palästinensischen Gebieten Israel auf, Zwangsräumungen, Abrissmaßnahmen und die Übernahme palästinensischer Häuser durch Siedler in Batn al-Hawa und al-Bustan „unverzüglich einzustellen“. Trotz dieser Verurteilungen hat die EU bislang noch keine in ihrer Macht stehenden Maßnahmen ergriffen, um diesen Verstößen ein Ende zu setzen.

Gemäß der Vierten Genfer Konvention sind Zwangsumsiedlungen von Bewohnern besetzter Gebiete verboten. Die einzige Ausnahme bildet die vorübergehende Evakuierung eines Gebiets, sofern dies für die Sicherheit der Bevölkerung oder aus zwingenden militärischen Gründen erforderlich ist.

In seinem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) aus dem Jahr 2024 stellte der Gerichtshof fest, dass die Politik und Praxis Israels, einschließlich der Zwangsräumungen und umfangreichen Hauszerstörungen in Ostjerusalem, gegen das Verbot der Zwangsumsiedlung einer geschützten Bevölkerung gemäß Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention verstößt. Der Gerichtshof bestätigte, dass eine Vertreibung nicht nur dann „gewaltsam“ ist, wenn sie durch physische Gewalt erzwungen wird, sondern auch dann, wenn die Menschen keine andere Wahl haben, als das Gebiet zu verlassen. Der IGH stellte ferner fest, dass Israels Praxis, Immobilien wegen fehlender Baugenehmigungen abzureißen, einer verbotenen Diskriminierung gleichkommt. Nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs gilt es als

Kriegsverbrechen, wenn eine Besatzungsmacht die gesamte oder einen Teil der Bevölkerung innerhalb oder außerhalb des besetzten Gebiets deportiert oder umsiedelt.

Human Rights Watch hat bereits zuvor festgestellt, dass israelische Behörden absichtlich eine massive, vorsätzliche und langfristige Zwangsvertreibung sowie ethnische Säuberung palästinensischer Zivilisten sowohl im Gazastreifen als auch im Westjordanland verursacht haben, was Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkommt. In beiden Fällen haben hochrangige israelische Amtsträger ihr Ziel bekundet, Palästinenser aus Teilen des Gazastreifens und des Westjordanlands zu vertreiben und fernzuhalten.

Die anhaltenden und sich verschärfenden Verstöße gegen Palästinenser in Ostjerusalem sind eine direkte Folge der Missachtung des Völkerrechts durch Israel und der Straffreiheit für die fortdauernden Verstöße, so Human Rights Watch. Andere Länder sollten gezielte Sanktionen gegen verantwortliche Personen und Organisationen verhängen, die Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen sicherstellen, den Handel mit Siedlungen verbieten und Präferenzhandelsabkommen mit Israel aussetzen.

„Familien in Silwan sehen sich, wie unzählige andere in den besetzten palästinensischen Gebieten, einer orchestrierten, illegalen und staatlich unterstützten Kampagne gegenüber, die darauf abzielt, sie aus ihren Häusern zu vertreiben, in denen sie seit Generationen leben“, sagte Sanbar. „Andere Länder sollten alles in ihrer Macht Stehende tun, um dies zu stoppen.“